

## Ö1 Mittagssjournal

Mit Rainer Hase war guten Tag. Wir werden grundsätzlich heute Mittagssjournal in der Sozialpolitik, zum Beispiel der Mustersozial-Hilfe-Grundsatzgesetz geändert werden. Oder die alle Quotierung bei der Pensionserhöhung wird dann mal ausgesetzt. Jedenfalls alle in Pension können damit einmal grundsätzlich zufrieden sein. Zudem gleich im Studio die Leiterin der Grundsatzabteilung. Nein, natürlich der sozialpolitischen Abteilung in der Arbeiterkammer, sie will Pirkel bauen. Um die grundsätzlichen Beziehungen zwischen Israel und den USA wird es auch gehen, denn die werden derzeit gleich eben grundsätzlich auf die Probe gestellt. Und wie sehr der Grundsatz der raschen Hilfe plötzlich an der Realität zerschellt, sehen wir in Norwegen. Dort kann gerade nicht mehr Munition für die NATO und die Ukraine produziert werden, weil TikTok den Strom in Norwegen braucht. Und die elementaren Rechte von Fahrgästen sind zwar grundlegend vorhanden, aber die Bilanz der Agentur für Passagieren Fahrgastrechte zeigt dennoch Probleme auf. Und fundamental natürlich die Jahreszeit für das Wetter, derzeit aber nicht ganz so weiß, gunterschuldig. An der Nordseite der Alpen, von Vorarlberg bis zu den niederösterreichischen Voralpen und bis in den Norden der Steiermark überwiegen heute Nachmittag die Wolken. Jederzeit kann es etwas regnen oder schneien, wobei die Schneefallgrenze auf über 1000 Meter steigt, ganz im West nach vereinzelt auf über 2000 Meter. Auch im Osten gibt es nur Zwischendurchsonne. Im Süden ist es hingegen länger sonnig. Die Temperaturen erreichen 5 bis 14 Grad bis zu 14 Stellen, weil es im Westen und im Süden. In Wien momentan 7 Grad, Eisenstadt 6, St. Pölten 5, Linz 3 Grad, Salzburg 6, Innsbruck 3, Bregenz 9, Grad 5 und Klagenfurt 8 Grad. Die Regierung will also die Allekwotierung der Pensionen jetzt einmal für zwei Jahre aussetzen. Es soll also jetzt einmal keine gestaffelte Pensionserhöhung nach dem Pensionsantritt mehr geben. Das haben der grüne Sozialminister Johannes Rauch und ÖVP-Clubchef August Wirginger nach dem Ministerrat heute bekannt gegeben. Damit bekommen also Menschen die heuer und nächstes Jahr in Pensionen gehen die volle Inflationsanpassung, egal ob sie im Jänner oder erst im Dezember ihre Pension antreten, davon profitieren etwa 200.000 Menschen, die Regierung gerechnet wird, kosten von rund 150 Millionen Euro alleine für dieses Jahr wie eine Klasslerche berichtet. Die bisherige Allekwotierungsregelung bei den Pensionen führte zu Benachteiligungen, betont Sozialminister Johannes Rauch von den Grünen. Und zwar insbesondere dann, also in Spezifikum, wenn die Inflationsrate hoch ist, dann ist es ein wirkliches Problem. Denn aktuell bekommen Menschen im ersten Pensionsjahr nur dann die volle Erhöhung, wenn sie bereits im Jänner die Pension antreten. Heißt, je später im Jahr jemand in Pension geht, desto niedriger fällt die Pensionsanpassung aus. Liegt der Pensionsantritt etwa im Februar, dann gibt es im Moment nur mehr 90 Prozent der Inflationsanpassung. Wer im November oder Dezember die Pension antritt, bekommt im ersten Jahr gar keine Erhöhung. Nicht nur die aktuell hohe Inflation sei deshalb ein Problem, sondern die Regelung sei auch ein Anreiz, früher in Pension zu gehen, betont Sozialminister Rauch.

Weil einfach niemand den Kauf nehmen möchte, dann, wenn er statt im Jänner oder Februar in Pension geht, mit den Abschlägen zu rechnen hat. Nun will die Koalition diese Regelung für zwei Jahre aussetzen. ÖVP und Grüne bringen dazu morgen im Nationalrat einen Antrag ein. Von einer gerechten und sozialen Lösung spricht ÖVP-Klubobmann August Würginger. Besondere Zeiten erfordern auch besondere Maßnahmen. Wir leben in einer Zeit mit einer Inflation von rund 10 Prozent. Das ist eine andere Ausgangssituation, als wir es die letzten Jahrzehnte gewohnt waren. Die Koalition habe sich daher dazu entschieden, dass wir jenen Menschen, die heuer und nächstes Jahr in Pension gehen, das sind ungefähr 200.000 Personen, dass jene Menschen sich darauf verlassen können, dass sie im Folgejahr die volle Pensionsanpassung auch bekommen werden. Rund 150 Millionen Euro kostet das allein für dieses Jahr. Vor allem die SPÖ und die Gewerkschaft verlangen schon seit längerem eine Abschaffung dieser Regelung. Aus Sicht des Seniorenrats kann das nur ein erster Schritt sein. Der aktuelle Vorsitzende Peter Kostelka vom SPÖ-Pensionistenverband fordert die Alliquottierung generell abzuschaffen und zwar rückwirkend. Es ist eine unsoziale, es ist eine ungerechte, es ist eine willkürliche Regelung und wir sind in diesem Zusammenhang ganz nachhaltig dafür, dass die Alliquottierungsregelung beseitigt wird. Sie ist ein Anakronismus und hat in unserem Pensionsrecht keinen Platz. Der Seniorenrat verweist hier auch auf die schrittweise Erhöhung des Pensionsantrittsalters bei Frauen. Sie sind in den nächsten zehn Jahren ganz besonders betroffen von der aktuellen Regelung. Und die Sozialhilfe Neue war eines der sogenannten Leuchtturmprojekte der türkisblauen Regierung, aber gestern hatte der Verfassungsgericht auf weitere Teile davon wieder aufgehoben. Demnach ist verfassungswidrig, dass die Länder einen erhöhten Wohnbedarf oder härter Fälle mit Sachleistungen abdecken müssen und eben nicht mit Geld. Die Kritik an dieser Bestimmung war schon bereits in der Vergangenheit sehr groß bei Sozialorganisationen in einigen Bundesländern, aber auch bei den Grünen. Die fordern jetzt eine generelle Reform der Sozialhilfe, die ÖVP blockiert hier, aber berichten Julia Schmuck und Victoria Waldeker. Er habe nie einen Hild herausgemacht, dass der Sachleistungszwang in der Sozialhilfe problematisch sei, sagt Sozialminister Johannes Rauch von den Grünen heute. Wir haben ja im Sozialhilfe-Grundsatzgesetz die eine oder andere Anpassung vorgenommen und den Schärffond auch vorgenommen. Ich als Sozialminister bin natürlich ein Vertreter davon, das insgesamt zu reformieren. Die Aussichten, dass in dieser Legislaturperiode noch gelingen wird, schätzt sich nicht besonders hoch ein. Das liegt wohl am Koalitionspartner der ÖVP. Klubobmann August Wöginger verteidigt heute die Sozialhilfe, die seine Partei 2019 gemeinsam mit der FPÖ umgesetzt hat. An und für sich hat Österreich nach wie vor eines der besten Sozialhilfe-Leistungsgesetze, wenn man das auch im Internet zu einem Vergleich darstellt. Die Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofs sein zu akzeptieren, erklärt Wöginger. Eine Wahl hat die Regierung hier aber ohnehin nicht. Eine einheitliche Regelung in den Bundesländern und damit

eine Reform hält der Klubobmann der Volkspartei allerdings nicht für notwendig. Sozialhilfe ist eine Ländersache. Unterschiede haben wir es immer gegeben. Wir haben uns damals bemüht, eine Vereinheitlichung darzustellen mit diesem Sozialhilfe-Grundsatzgesetz. Aber es ist so wie es ist, wir haben derzeit auch in Wien eine viel höhere Mindestsicherung. Das ist sozusagen die Folge der Mindestsicherung, war ja das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz. Als das zum Beispiel in Oberösterreich oder in Niederösterreich der Fall ist, wir haben im Vorarlberg wieder eine andere Situation, auch wie im Burgenland. Und daher habe ich damit kein Problem. Ganz anders die Sicht der Armutskonferenz auf die Sozialhilfe, das 2019 beschlossene Gesetz funktioniert jetzt in der Krise nicht, so Martin Schenk. Das Wichtigste in der Armutsbekämpfung an ist zurzeit das Wohnen, leistbares Wohnen. Und da funktioniert die Sozialhilfe nicht, weil sie die Wohnleistung überhaupt nicht abbildet. Sogar wenn es Wohnen bei Hilfe gibt, wird das abgezogen von der Sozialhilfe. Wir haben ganz viele dramatische Fälle in den Sozialberatungen stellen, wo quasi Familien für die Miete hungern. Meistens sind es dann die Mütter oder die Väter, die hat nichts mehr essen, damit die Kinder was haben, weil sie das Geld für die Miete brauchen. Und es sind Zustände, die einfach so nicht weitergehen können. Dass die Länder jetzt nicht mehr zwingend Sachleistungen auszahlen müssen, in härter Fällen begrüßt er, genauso wie Wien's Sozialstaatsrat Peter Hacker von der SPÖ. Für betroffene Wienerinnen und Wiener wird sich nichts ändern, sagt er, weil man schon bisher in härter Fällen das Geld nicht an die Hauseigentümer überwiesen hat, als Sachleistung, sondern an die Bezieherinnen selbst. Gekippt hat der VfGH einen anderen Passus aus dem Wiener Mindestsicherungsgesetz, der betrifft Paare, hauptsächlich Familien, wie Hacker erklärt. Demnach werden sie künftig weniger bekommen, wie Hacker sagt, allerdings frühestens im zweiten Halbjahr, wie er erklärt. Bis dahin versucht die Stadt Wien, andere Hilfsmöglichkeiten für Familien aufzustellen. Wir begrüßen nun dazu im Studio, die Leiterin der Sozialpolitik in der Arbeiterkammer Siebille Pirkelbauer. Guten Tag. Schönen Mittag. Wir reden über alles, beginnen wir mal mit der Allekotierung, die wurde ausgesetzt, kann man damit mal zufrieden sein? Man kann ein bisschen zufrieden sein. Es war sicher sehr wichtig, dass diese Aussetzung erfolgt, weil ja jetzt schon Leute gravierende Nachteile haben durch diese Allekotierungsregeln, aber an sich die Regelung ist unsachlich, sie ist auch verfassungsrechtlich bedenklich und daher verdienen wir nach wie vor für eine Abschaffung, weil es einfach keine Begründung dafür gibt. Aber halten Sie es für politisch durchsetzbar, wenn das jetzt einmal ausgesetzt wird für zwei Jahre, dass das überhaupt jemals wiederkommen kann? Für Protnosen bin ich glücklicherweise nicht zuständig und möchte auch keine Voraussagen machen. Ich würde sagen, dass was im Gesetz verankert ist, ist einmal grundsätzlich das, was gilt und wir hätten hier sehr gerne gesehen, dass hier verankert wird, dass die Allekotierung einfach zu Gänze beseitigt wird. Jetzt ist sie einmal für zwei Jahre ausgesetzt, was aber geblieben ist, das sind die sogenannten Steigerungsfaktoren,

die bleiben eben so, wie sie sind. Also die Berechnung dieser Faktoren geht immer auf die Zeiten sozusagen niedriger Inflation zurück, das betrifft jene Leute, die jetzt dann einmal in Pensionen gehen, müsste man das Erhebungssystem, was eben diese sogenannten Steigerungsfaktoren betrifft, ändern. Jedenfalls, das ist der zweite große Teil dieser Baustelle, der sich durch die Teuerungen bei den Pensionen aufgetan hat. Jetzt haben wir glücklicherweise den einen Teil zumindest einmal tempore beseitigt. Es ist nicht mehr ausschlaggebend, ob ich als Fisch oder als Schütze geboren bin und welche Sternzeichen ich habe, wie hoch meine Wertanpassung in der Pension ist. Aber der zweite Teil ist, dass für Menschen, die jetzt in den kommenden Jahren in Pension gehen, ein Problem entsteht, dass die ihren Wert am Pensionskonto nicht ausreichend aufgewertet bekommen. Genau, erklären Sie das vielleicht kurz mal. Das liegt daran, dass sozusagen die Berechnungsgrundlage schon einige Jahre zu lüglich liegt, nämlich in Zeiten niedriger Inflation und dass jetzt ein Problem sein wird. Genau, also an sich ist es so, dass es mit der durchschnittlichen Lohnerhöhung aufgewertet wird. Das ist ein gutes System, das ist eben ankoppelt am Wohlstand der Gesellschaft. Aber das Erfolg demzeitlich verzögert, weil es kann immer erst im Nachhinein auf die Vorjahre zurückgreifen. Und jetzt gibt es einfach Jahrgänge, die haben diese Aufwertung nach Jahren mit seiner niedriger Inflation und haben dadurch eine viel zu geringe Anpassung und dadurch entsteht das Problem, dass jemand, der die exakt gleichen Voraussetzungen hat, wie jemand, der heuer in Pension geht, unter Umständen sechs, sieben, acht Prozent geringere Pensionen bekommt und das dauerhaft. Und man das eben nicht mitschleppt, das ist ja das wahre Problem nicht. Wenn man jetzt mal 30 Euro weniger Pension bekommt und man rechnet das auf, hoffen wir mal zum Beispiel 25 Jahre, dann kann ja, dann wirkt sich das ja insgesamt ziemlich aus. Genauso ist es, es ist eine dauerhafte Benachteiligung und auch eine sehr gravierende und deswegen muss man aus unserer Sicht jetzt nach alle Quartierungen auch aufwertung sagen und einfach dieses Problem angehen und eben so beseitigen, indem man hier eine Schutzklausel einführt. Wie könnte die aussehen? Also was wären sozusagen Parameter? Was müsste aus Ihrer Sicht passieren? Was wären vernünftige Parameter, an die man sich halten könnte? Also man müsste einfach zusätzlich zu der Lohnerhöhung nachher die Inflation hier mit ins Treffen führen und dadurch so eine Art Mindestaufwertung einführen, wenn die Inflation sehr hoch ist. Gibt es Anzeichen dafür, dass das passieren wird? Wir wussten bis vor kurzem nicht, ob die Allekotierung zumindest ausgesetzt wird oder nicht. Ich bleibe optimistisch, dass hier sachliche Argumente auch überzeugen können und man hier nicht das Glück vom Geburtsjahr ausschlaggebend macht, dafür, ob Menschen beglichen Voraussetzungen in eine höhere oder niedrigere Pension bekommen. Das kann eigentlich nicht in der Intention des Pensionssystems sein. Sagt sie Bille Birkelbauer von die Leiterin der sozialpolitischen Abteilung in der Arbeit. Der VfGH hat ja gestern bekannt gegeben, dass es verfassungswidrig ist und damit wären wir beim nächsten Thema, dass eben die Länder für die Deckung eines erhöhten

Wohnbedarfs

ausschließlich Sachleistungen nämlich bei der Sozialhilfe während dürfen. Ist das erfreulich für Sie oder fürchten Sie jetzt sozusagen die gesteigerte Flexibilität der Länder? Also ich freue mich über die gesteigerte Flexibilität der Länder. Man muss aber sagen, dass das Verfassungsgericht

zu Futter, Licht und Schatten hat. Das hat ja zwei Teile beinhaltet. Bei den Wohnkosten war sehr wichtig, diese Flexibilität zu schaffen. Alle wissen, die Mieten steigen massiv und man kann das nicht über Sachleistungen lösen, sondern der einzige richtige Ansatz ist, den Menschen diese

höheren Mietkosten noch zur Verfügung zu stellen. Sonst bekommen wir hier einfach ein massives Problem

und niemand kann wollen, dass massen von Menschen hier vor der Deletierung stehen und dann erst recht

massive Probleme haben, hier wieder zu einer eigenständigen Existenz zurückzufinden. Der Teil wurde vom VfGH sozusagen gelöst, was aber auch bleibt, sind auch Probleme auch in diesem Bereich,

zum Beispiel der Richtsatz in Wien, von dem weg wird er gerechnet, wie viel Sozialhilfe der Zeit einer Wachsiner bekommt. Der liegt in Wien derzeit bei 150 Prozent, aber dieses Sozialhilfe-Grundsatzgesetz sagt, es dürfen nur 140 Prozent sein und genau das hat der VfGH jetzt bestätigt. Was soll man da aus ihrer Sicht derzeit tun? Ich möchte einen Schritt zurückgehen, weil wir hier einfach vor einem sehr grundsätzlichen Problem stehen. Zum einen ist der Richtsatz für eine Person, von dem weg sich alle anderen Leistungen rechnen, einfach viel zu niedrig, der liegt derzeit deutlich unter der Armutsschwelle, fast 400 Euro drunter für eine Einzelperson und wir haben im Sozialhilfe-Grundsatzgesetz eigentlich das System total auf den Kopf gestellt. Die Sozialhilfe soll einen sicheren Boden für alle bieten, wenn alle anderen Systeme davor versagen und tatsächlich ist es so, dass sieben von zehn Personen die Sozialhilfe beziehen, erwerbstätig sind oder eine andere Sozialleistung beziehen und die Sozialhilfe nur eine Aufzählung ist, damit sie halt das Lebensnotwendigste finanzieren können. Das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz hat statt eine einheitliche Basis für ganz Österreich höchstwärtig geschaffen, also einen Deckel, der die Menschen in

Armut hält und dieser Deckel gehört beseitigt, wir müssen hier zurück zu den Mindeststandards.

Dann

wäre auch so ein Urteil, wie es der Verfassungsgerichtshof jetzt gefällt hat, nicht möglich, weil die rechtliche Ausgangsbasis einfach eine andere wäre. Ganz kurz noch, wir sind eigentlich schon über der Zeit. Insgesamt ist das Allheilmittel in der Sozialpolitik einfach mehr Geld oder geht es da mehr um Inhalte? Nein, es geht in Zeiten, wo Lebenshaltungskosten so hoch sind, natürlich schon unmittelbar Geld um eine gute Not zu lindern, aber wir brauchen für die langfristige Perspektive eine eigenständige Existenz, auch Rechtsansprüche auf Bildung, auf Kinderbetreuung, damit die Menschen hier den Weg zurück in den Arbeitsmarkt finden können und unabhängig von Sozialhilfe werden. Da ist noch viel zu tun, sagt Sibylle Pirkelbauer, die Leiterin der Sozialrechtsabteilung in der Arbeiterkammer. Vielen Dank für den Besuch im Studio. Vielen Dank für die Einladung. Großer Sprung nach Finnland. Nun, Finnland ist nämlich seinem Ziel, möglichst schnell NATO Mitglied zu werden. Diese Woche wieder einen Schritt nähergekommen, das Parlament in Ungarn hat den

Beitreten und doch ratifiziert, fehlt noch die Türkei, aber die dürfte das schon in den kommenden Wochen tun. Für Helsinki ist der NATO-Beitritt ein radikaler Bruch mit der bisherigen Politik der Bündnisfreiheit. Aber Finnland ist vor seinem übermächtigen Nachbarn, mit dem es im Laufe der Jahrhunderte die jährliche Kriege ausgefochten hat, steht es auf der Hut. Die Hoffnungen der letzten 30

Jahre auf einige Maßen normale Beziehungen zu Russland sind jedenfalls nicht in Erfüllung gegangen. Die finnische Grenze ist nun auch für russische Touristen geschlossen. Die meisten Menschen in Finnland zeigen sich darüber erleichtert, berichtet Christian Leninger aus der Finnisch-Russischen

Grenze zu hören. Die dicke Schneetecke dämpft alle Geräusche. Doch dass sich heute nicht mehr als eine Handvoll Menschen auf die Festung von Lappenrand verirrt hat, liegt nicht nur um Schnee und den selbst für Finnland eisigen Temperaturen. Die Touristinnen und Touristen aus Russland, die die finnische Stadt in Grenz näher stets zu tausend gestürmt haben, dürfen nicht mehr kommen. Das Finnland, die Grenze letzten Herbst geschlossen hat, war eine Erleichterung, sagt Eino Heikenern, Journalistin bei der örtlichen Zeitung. Der Angriff Russlands auf die Ukraine habe nämlich vor allem bei älteren Menschen Ängste und Erinnerungen aufkommen lassen. Erinnerungen an den Winterkrieg 1949, als sich Finnland auch in dieser Gegend gegen den damaligen Überfall der Sowjetunion verteidigen musste. Meine eigenen Großeltern von beiden Seiten haben damals gekämpft und sie mussten ihre Häuser aufgeben, die waren in den Gebieten, die die Sowjetunion damals erobert hat. Das alles ist noch so nah und die Menschen in Finnland haben

es nicht vergessen. Wobei in den letzten 30 Jahren schien so etwas wie eine Normalisierung der stets schwierigen Beziehungen möglich. Russland wurde hier als wirtschaftlicher Chance gesehen, sagt die Journalistin. Die Stadt blüht nach dem Ende des Kalten Krieges auf, als Urlaubsort für Russinnen und Russen, Lapinranter legt an Finnlands größtem See und als Ziel für

Einkaufstouren. Sogar in Bussen sind sie aus Russland zu den Supermärkten gebracht worden. Finischen

Käse haben sie tronnenweise gekauft, erzählt die Journalistin. Und ganz schön ist so, als würde sich zwischen den beiden Ländern zwar keine Liebe entwickeln, aber zumindest gute Geschäftsbeziehungen, bis der Krieg in der Ukraine alles verändert hat. Katja Arula führt uns durch das Hotel, das sie in Lapinranter eröffnet hat, eröffnet mit der Hoffnung auf russische Touristen. Doch dann hat ihr zuerst die Covid-Pandemie und dann die Sperren der Grenze zu Russland eine Strich durch ihre Pläne gemacht. Und doch. Ich war für die Grenzschießung, auch wenn sie schlecht fürs Geschäft ist, sagt Arula. Zu groß war ihr Schock über das, was Russland in der Ukraine anrichtet. Und auch sie hat sich an ihre Großeltern erinnert, die ebenfalls durch die russischen Eroberungen im Winterkrieg vertrieben wurden. Sie verstehe die russische Mentalität nicht mehr, meint Arula. Zu gar viele, die schon als Kinder aus Russland nach Finnland gezogen sind und hier die Schule gegangen sind und studiert haben und hier leben, sind jetzt trotzdem für Putin. Russische Touristen will die junge Unternehmerin in ihrem Hotel nicht mehr sehen. Sie hofft auf Gäste aus Finnland und hat sich ein neues Konzept für das Hotel ausgedacht.

Immerhin ist das Gebäude eine frühere Kaserne. Da habe es sich angeboten, ganz auf das Thema Armee zu setzen. Bilder von exaktierenden Soldaten hängen in den Zimmern, von hochdekorierten

Helden

des Winterkriegs gegen die Sowjetunion. Ja, in einem Zimmer hat Arula sogar heres Stockbetten aufgestellt. Willkommen bei der finnischen Armee. Es gibt viele Männer, ganze Gruppen, die sich gerne an ihrer Armeezeit erinnern und dieses Zimmer buchen, sagt Katja Arula, wie er bereit schafft, als als Motto für Arulas Hotel. Ein Motto freilich, das für Finnland immer bestimmend war und jetzt neu auflebt. Die Grenze wird für viele Jahre geschlossen bleiben, macht sich Hotelbesitzerin Arula jedenfalls keine Hoffnungen auf eine baldige erneute Annäherung an Russland. Und auch ein Ohai-Konnen ist in dieser Hinsicht pessimistisch. Der eisende Vorhang kommt wieder zurück. Das, somit die Journalistin als Lappenranter, sei ihr erster Gedanke gewesen, als Russland den Krieg in der Ukraine begonnen hat. Und wir bleiben im Norden, die Ukraine würde im Krieg gegen Russland wesentlich mehr Munition brauchen. Die EU hat ja letzte Woche beschlossen, um zwei Milliarden Euro gemeinsam Artilleriegeschosse einzukaufen, um die Ukraine stärker zu unterstützen, aber auch, um die eigenen Bestände wieder aufzufüllen. Auf welch ungeahnte Probleme das aber stoßen kann, zeigt ein aktuelles Beispiel aus dem NATO-Land Norwegen. Dort will ein Waffenproduzent expandieren, kann aber nicht, weil es nicht genug

Strom gibt. Der ist nämlich für ein Datenzentrum für die Online-Plattform TikTok reserviert. Wie ernst kein mehr berichtet. Die Speicherung von Katzenvideos sei offenbar wichtiger als die Produktion von Munition für die Ukraine. So fast ist der Chef des norwegischen Waffenproduzenten Nammo Morten Branzek im Gespräch mit der Financial Times zusammen. Die Nachfrage nach Waffen und

Munition aus seinem Haus ist so groß wie noch nie, wegen eines Kriegs, der zur Verteidigung westlicher Werte ausgefochten werde, wie Politiker gerne sagen. Doch für mehr Munitionsproduktion

ist in Norwegen derzeit kein Strom da. Zumindest nicht in Raufurs 120 km nördlich von Oslo, wo die international tätige Waffenfirma Nammo ihren größten Standort hat. Als Nammo Expansionsabsichten

bekundete, wurde vom regionalen Stromnetzbetreiber dem größten Norwegensbeschieden. Die Kapazitäten

sind ausgeschöpft, sagt Weger Stockset vom Netzbetreiber Elvia. Und das hat vor allem mit einem anderen

Projekt zu tun. Green Mountain, das ist eine norwegische Firma, die mit der Social Media Plattform TikTok einen Vertrag zum Bau von Datenzentren abgeschlossen hat, nicht weit vom Nammo Firmen-Sitz Raufurs. Immerhin fast ein Prozent des gesamten Strombedarfs Norwegen, Sist dafür reserviert, sagt Weger Stockset. Wer zuerst kommt, wird zuerst bedient. Als Netzbetreiber folgen wir da den Vorgaben der Regierung. Wir dürfen nicht eine Firma bevorzugen, egal um wen es sich handelt. Bei Nammo heißt es, dass strategisch wichtige Produktion auch Zugang zu Energie brauche. Ein Interview vor dem Mikrofon wollte die Firma nicht geben, weil der Chef gerade

auf Reisen ist. Datenzentren mit ihrem großen Energiebedarf werden vorzugsweise in kalten Klimazonen gebaut. Das verringert die Kosten für die Kühlung. Die Nachfrage wird steigen, dabei rechnet Norwegen wegen der Umstellung auf grünen Strom und E-Mobilität ohnehin schon mit einer Steigerung des Strombedarfs um ein Viertel bis 2030 und einer Verdoppelung bis 2050. Engpässe gebe es vereinzelt schon jetzt, sagt der Sprecher des Netzbetreiber Elvia. Die Regierung

arbeite aber an Kriterien, wie strategisch wichtige Projekte vorgereicht werden könnten. Der Fall Namo hat das Problem aufgezeigt. Wir würden es begrüßen, wenn Prioritäten gesetzt würden. Zumindest bis dahin werden Katzenvideos auf TikTok, aber noch den Vorzug erhalten gegenüber

Munition für die Ukraine. Weil ich nicht ernst kann, weil er zwölf Uhr 23 mittlerweile im Dezember des letzten Jahres hätten Rumänen und Bulgarien dem Schengen ein Abkommen beitreten und damit Reisen ohne Grenzkontrollen in Europa einen entscheidenden Schritt näher kommen können.

Wie wir wissen hätten, deine letzte Minute hat der Österreich auf EU-Ebene seinen Widerspruch eingelegt als Zeichen gegen die Welle unkontrollierter Migration durch Europa, wie der Innenminister gerne sagt. In Rumänen ist der Ärger darüber noch nicht verklungen, wie Peter

Fritz aus Rumänen berichtet. Die massive Fahrertür schließt sich hinter Gibréan Horch hat. Er hat am Stadtrand von Bucharest das Fahrerhaus seines schweren Lkw-Zugs bestiegen und nimmt uns ein

Stück weit mit. Ich habe eine vorgegebene Route und ich weiß, wann ich ankommen müsste, sagt er, aber das ist alles Theorie. Die Fahrt von Bucharest nach Wien würde rund sechs Stunden dauern.

Aber

sechs Stunden hat er zuletzt allein mit Grenzware Zeiten auf dieser Strecke zugebracht, während die

Uhr für Fahrer und Ware weiter tickte. Oft hat er verderbliche Güter an Bord, manchmal passiert es auch, dass seine maximale Fahrzeit überschritten wird. In solchen Fällen mussten zuweilen auch schon

Ersatzfahrer mit dem Flugzeug losgeschickt werden, die sich dann etwa an die andere Seite der ungerisch

rumänischen Grenze durchschlagen mussten, um die Fuhr zu übernehmen. Österreich wird in Rumänien

ein großer Teil der Schuld an diesem Zustand gegeben, denn ein Schengenbeitritt Rumäniens hätte wesentlich weniger Stau zufolge und nur Österreichs Veto steht dem auf EU-Ebene entgegen.

Rumäniens Innenminister Lucian Bode äußert sich entsprechend scharf. Österreichs Entscheidung gegen

den Schengenbeitritt Rumäniens ist unfair, enttäuschend und prinzipiell los. Das Argument mit illegaler Migration zählt nicht, denn Rumänien liegt nicht auf der Hauptroute, die von Migranten gewählt wird. Der Minister hofft, dass sich im Laufe des Jahres etwas bewegt und Österreich die Schengenblockade lockert. Die Grenzbehörden seien jedenfalls schon lange Schengenreif, meint der Minister, der hofft, dass Gerhard Karner, sein Amtskollege aus Österreich, bald einen Weg zu ihm nach Rumänien findet. Auf Entspannung hoffen auch in Rumänien tätige österreichische Unternehmen. Markus Kran, der mit der Firma Christoph Services hier Technologie für das Ölgeschäft anbietet, meint, Österreich hätte mit der Schengenblockade viel von seinem bisher guten Ruf in Rumänien aufs Spiel gesetzt. Viele haben eine besondere emotionale Verbundenheit

zu Österreich. Man sieht auch großteils die österreichische Investments in Rumänien als positiv. Und dann die Reaktionen waren dann ein ziemlicher Schock. Es ist wirklich so weit gegangen,

also mit der weitermacht gefragt, warum wollt ihr uns nicht? Die ganze Sache, sagen wir so, ist jetzt emotional etwas abgeflaut. Also ist aber eine Reputationsschaden. Rumäniens Politik will mit Österreich im Gespräch bleiben und sie hofft auf die zweite Hälfte dieses Jahres, wenn Spanien den Vorsitz im EU-Rat übernimmt. Spaniens Innenminister ist schon zu einer Schengen

Schau nach Bucharest eingeladen. Aufregung, also abgeflaut Reputationsschaden, aber nach wie vor vorhanden berichtet Peter Fritz aus Rumänien und damit nach Israel. Das kämpft derzeit intern,

aber auch mit den USA. Die Beziehungen zwischen Israel und seinem wichtigsten Verbündeten sind einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt. Auslöser sind kritische Worte des US-Präsidenten zum Plan der rechtsreligiösen Regierung, die es jetzt des Landes nachhaltig, sagen wir mal, umzubauen. Gekriselt hat es aber schon länger, nämlich schon seit dem Amtsantritt der Regierung unter Premier Benjamin Netanyahu vor drei Monaten berichtet aus Tel Aviv Tim Kuppel.

Was wäre eine beste Freundschaft ohne Krisen? Der Riss wird tiefer, titelt hier in Israel die linke Tageszeitung Herr Aretz. Keine Einladung für Netanyahu ins Weiße Haus schreibt die Gratis-Zeitung Israel Hayom, Israel heute. Die Rede ist von der besonderen Beziehung zwischen Israel

und den USA und davon, was passiert, wenn der US-Präsident kurz vor dem Abflug aus North Carolina unvorbereitet seine Meinung sagt und so preisgibt, was er und seine Regierung wirklich denken, im konkreten Fall zum Thema Justizreform in Israel. Wie viele Israel-Unterstützer sei er sehr besorgt, sagt beiden, besorgt, dass sie das schaffen, weil so können sie nicht weiter machen.

Er hoffe, dass der Premierminister einen echten Kompromiss ausarbeiten werde, aber das müsse man wohl abwarten.

Leutlicher geht es nicht. Die USA wollen ein wirkliches Ergebnis der seit gestern Abend laufenden Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition über die umstrittenen Justizreformpläne der Regierung sehen keine Scheinverhandlungen, deren Ergebnis schon im Vorhinein feststeht.

Es ist der Höhepunkt einer Krise, die schon länger vor sich hinköchelt mit verschiedenen Zutaten. Da ist etwa der Sohn des israelischen Premiers Yair Netanyahu, der die USA in sozialen Netzwerken öffentlichkeitswirksam beschuldigt, die Anti-Justizreform-Proteste zu finanzieren, um seinen Vater zu stürzen. Da ist das Gesetz, dass Siedlungen im Norden des Westjordanlands wieder ermöglicht, beschlossen in einer nächtlichen Knesse Sitzung vor neun Tagen rein symbolisch wie der israelische Premier beteuert. Dazu kommen die blutigen Anti-Terror-Einsätze der israelischen Armee im Westjordanland in Genien und Nablus mit dozenten Toten und Verletzten und insgesamt die aufgeheizte Stimmung zwischen Israelis und Palästinensern, trotz mehrer Vermittlungsversuche auch mit US-Beteiligung, um vor der im islamischen Fastenmonat Ramadan

eine Entspannung der Lage zu erreichen.

Schon länger haben die USA die Pläne der israelischen Regierung mit einfacher Parlamentsmehrheit den Obersten Gerichtshof in Israel zu entmachten und Richterernennungen zu kontrollieren kritisiert,

den Unmut darüber aber bisher hinter diplomatischen Floskeln versteckt. Das ist jetzt vorbei. Noch in der Nacht hat Premier Benjamin Netanyahu die beiden Kritik mit Hinweis auf die Unabhängigkeit

Israels zurückgewiesen. Der US-Präsident trifft Netanyahu aber trotzdem dort, wo es besonders weh tut. Gefragt, ob der von Netanyahu heißer sehnte Antrittsbesuch in den USA jetzt bald stattfinden könne, antwortet der US-Präsident. Nein, nicht in naher Zukunft.

Berichtet Tim Kuperl aus Tel Aviv und damit nach Österreich auf EU-Ebene, wurde gestern endgültig das Aus für neue Autos mit Verbrennermotoren ab 2035 beschlossen. Ausnahmen sind nur für Fahrzeuge mit E-Fuels vorgesehen. Dafür hat sich neben Deutschland, ja vor allem Österreichs Bundeskanzler, Nehammer stark gemacht. Nehammer hat quasi erklärt Österreichs ein Autoland. 80.000 Jobs würden daran hängen. Maria Kern hat Nehammer's befunden, ein Faktencheck

unterzogen, aber nicht nur.

Österreich sei das Autoland schlechthin, sagt Bundeskanzler Karl Nehammer. In der ORF-Pressesunde

nannte er dazu zuletzt auch Zahlen. Wir haben über 80.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in 900 Betrieben, die in der Autozulieferindustrie arbeiten. Das heißt, das ist ein wichtiger Arbeitsmarkt. Was sagt Industrieökonom Klaus Friesenbüchle vom Wirtschaftsforschungsinstitut wie vor zu diesen Zahlen? Wie groß ist die heimische Autoindustrie?

Laut den Zahlen der Statistik Austria beschäftigt sie in etwa 40.000 Personen in um die 230 Betriebe.

Die 40.000 Personen würden aber nur die Branche im engeren Sinne umfassen, nicht enthalten sein, da etwa die Zulieferbetriebe.

Wenn man die Branche im weiteren Sinne betrachtet, gehen wir von einem Beschäftigungsniveau zwischen

60.000 und 80.000 Personen aus.

Diese Zahlen würden aber nur auf Schätzungen, Büro und exakte Daten dazu, würden fehlen, so Friesenbüchle. Und wie sieht die Zukunft der Branche aus? Wird das weitgehende aus?

Ab 2035 für BKW mit Verbrennermotoren viele Jobs kosten?

Es gibt Schätzungen aus Deutschland, dass Elektrofahrzeuge in etwa ein Drittel weniger Beschäftigung generieren. Das rührt vor allem daher, dass E-Autos weniger komplex sind als Autos mit dem herkömmlichen Verbrennermotor. Ob auch in Österreich ein Drittel der Jobs wegfallen dürften, könne man nicht genau sagen, feststehe aber so der Experte.

Das Strukturwandel wird auch in Österreich nicht aufzuhalten sein. Die Branche wird in 10 bis 15 Jahren fundamental anders aussehen, als sie das heute tut. Es werden einige Unternehmen mit Sicherheit stark unter Druck kommen, das sind jene Unternehmen, die heute auf Verbrennungsmotoren

spezialisiert sind und nicht im Stande sind, zu diversifizieren und die Geschäftsmodelle anzupassen. Andere Unternehmen könnten hingegen profitieren, etwa Hersteller von Batterien. Und für einige Betriebe dürfte sich fast gar nichts ändern, so Friesenbüchler.

Augen-E-Auto benötigt beispielsweise eine Karosserie.

Die gestern beschlossene Ausnahme, dass Fahrzeuge mit eFuel-Antrieb auch nach 2035 noch produziert

werden dürfen, werde am grossen Wandel in der Branche aber nicht viel ändern. Denn...

E-Fuel sind eher geeignet aus heutiger Perspektive für Langstrecken, Gütertransporte oder auch den Schiffsverkehr. Also weniger für Pkw. Da seien die Weichner einfach schon größtenteils in Richtung E-Auto gestellt, so der Industrieökonom.

Nächstes Thema bei uns im Mittagsschurnal, die Turbulenzen in der Ärztekammer. Wir berichten ja seit Wochen über Ungereimtheiten bei der Ärztekammer-Beschaffungsfirma-Equipe vor Ort, also über die Ermittlungen einerseits, andererseits, aber auch über die daraus resultierenden

Streitigkeiten in der Kammer. Präsident gegen Kurin Obmann.

Das ist da die Devise. Heute Abend wird wieder mal eine Sitzung in der Kammer abgehalten.

Wieder mal beobachten wird das Peter Pichler aus unserer Corona-Reaktion.

Frau Pichler, heute Abend, also sozusagen Showdown. Worum wird es denn da gehen?

Ja, heute Abend ist eine Kurinsitzung der niedergelassenen Ärzte in der Wiener Ärztekammer angesetzt und wenn es nach den Unterstützern von Ärztekammer-Präsidenten Johannes Steinhardt geht, dann wird dabei sein Nachfolger als Kurinchef, der zweitmächtigste Mann in der Wiener Ärztekammer, Eric Rendelhuber abgewählt. Nach nur neun Monaten im Amt. Bereits vor drei Wochen wurde das schon einmal versucht. Damals konnte Huber das allerdings noch mit einer Sitzungsunterbrechung abwenden, aber heute muss die Abstimmung stattfinden.

Wir bemerken uns dann alle im Sinne diese wirklich tiefen Gräben in der Kammer, warum wir da mit so wirklich harten Bandagen sozusagen gekämpft.

Besonders interessant ist in der Ferre ja, dass Huber und Steinhardt zur selben Fraktion der Vereinigung österreichischer Ärzte und Ärztinnen, die als ÖVP-Nah gilt, gehören.

Doch der interne Disput zieht sich auch quer durch die anderen Fraktionen in der Ärztekammer von Zudeckern gegen Aufdecker von Jung gegen Alt ist hier etwa die Rede. Der Antrag auf Hubers Abwahl kommt jedenfalls von seinen Fraktionskollegen. Sie werfen ihm etwa vor zu wenig Zeit für die Kure zu verwenden und politisch abgemeldet zu sein bei den Verhandlungen der Kammer mit der Politik. Aber es wird auch kein Hehl daraus gemacht, dass Hubers Versuche Missstände in der Kammer aufzuklären und transparent zu machen. Stichwort Equip vor Orde-Affäre offenbar von vielen in der Kammer nicht unterstützt werden.

Stichwort Equip vor Orde-Affäre, sondern auch Ermittlungen. Was wird ihm da konkret vorgeworfen? Worum geht es da immer noch?

Huber hat ja mit einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Ermittlungen rund um die Tochterfirma der

Niedergelassenen Ärzte ausgelöst und die scheinen sich immer mehr auszuweiten. Ermittelt wird rund um die Equip vor Orde wegen untreue Verdacht und mittlerweile bei einem Manager auch wegen Betrugsverdacht. Die Vorwürfe drehen sich unter anderem um dubiose Millionenkredite und Premienzahlungen, die ohne Gremienbeschlüsse vergeben worden sind, sprich ein fahrlässiger Umgang mit Kammergeldern. Das Bekannte dabei, die Beschuldigten in der Kauser verteidigen sich damit, dass sie im Auftrag des damaligen Kurienchefs Stein hat gehandelt haben, der weiß das zwar zurück, hat aber, so ist von den Unterstützern Hubers zu hören, bisher detaillierte Erklärungen zu den Vorwürfen intern verweigert. Die Unterstützer von Stein hat Orten hierin gegen Ampatsversuche gegen den Chef der österreichischen Ärztekammer und werfen Huber vor, die affäre Publik gemacht zu haben. Die drohende Abwahl von Huber war zuletzt sogar Anlass für eine Hausdurchsuchung der Staatsanwaltschaft in der Ärztekammer. Im Hausdurchsuchungsbefehl hat es da etwa geheißend in der Kammer würden aus politischen Gründen

mit der Aufklärung betraute Personen, sprich mehrere Anwälte, die von Huber beauftragt worden sind, an der Arbeit behindert. Stein hat gegen Huber also ist die Frage jetzt

insgesamt, wer wird sich da jetzt durchsetzen, also sozusagen wer wird jetzt ziehen?

Derzeit geht man eigentlich Kammerintern davon aus, dass sich die Unterstützer von Stein hat heute Abend durchsetzen werden und Huber abgewählt wird. Stein hat wird hier maßgeblich vom ehemaligen ÖVP-Abgeordneten Erwin Rasinger unterstützt. Hinter vorgehaltener Hand ist auch aus anderen Fraktionen zu hören, dass in den vergangenen Wochen von Steinharz Unterstützern massiv Stimmen gegen Huber gesammelt worden sind, zum Teil mit Versprechen auf gut dotierte Funktionen in der Kammer. Denn wenn Huber abgewählt wird, so wird intern spekuliert, könnten auch andere Kammerfunktionäre, die sich für Transparenz und Aufklärung einsetzen und Huber unterstützt haben, abgewählt werden. Allerdings scheinen auch die Huberunterstützer für heute Abend aufgerüstet zu haben, so hat etwa die Steinhardt-Fraktion

die strafrechtlichen Vorwürfe, die Kammerintern von einer renommierten Anwältin in der Equip vor Orde Affäre herausgearbeitet worden sind, angezweifelt. Nun wurden dazu weitere Gutachten eingeholt, etwa von der Uni Innsbruck und hier wird schon bemerkenswertes festgehalten, so wird etwa in dem Gutachten nach Analyse der Vorwürfe darauf hingewiesen, dass die Strafverfolgungsbehörden aufgrund der zahlreichen Sachverhalte bei einem kriminellen Zusammenwirken mehrerer Personen auch von einer kriminellen Vereinigung oder sogar einer kriminellen Organisation ausgehen könnten. Also man kann heute Abend fix mit einem Hauen und Stechen bei der Kuriensitzung der Ärztekammer rechnen.

Es wird also wieder mal spannend heute Abend. Peter Pichler war das wieder mal. Vielen Dank und damit wieder mal zurück ins Parlament. Da kommt es sich die Regierung nicht auf eine Mietpreisbremse verständigen. Stattdessen werden heute im Nationalrat die Wohnbarhilfen beschlossen. Die von den Bundesländern ausbezahlten Wohn- und Heizkostenzuschüsse werden vom Bund

um 225 Millionen Euro aufgestockt werden. Dazu kommt auch noch der sogenannte Wohnschirm, der ja vor Deluscherungen schützen soll. Es wird für das kommende Jahr um 25 Millionen erweitert, berichten Katja Thof und Eva Hauslinger.

Mit 1. April steht Mieterinnen und Mietern in Altbauten eine Erhöhung der Richtwertmieten um 8,6 Prozent ins Haus. Wochenlang wurde Koalitionsintern um eine Mietpreisbremse geringen, vergebens.

Als Kompromiss macht der Bund Geld für einkommensschwache Haushalte locker und zwar nicht nur für jene,

die eine Richtwertmiete bezahlen. Für SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner wird damit das Problem nicht gelöst. Statt die Mietenerhöhung, die jetzt wieder mit 1. April ansteht, zu stoppen, verteilen sie aus dem Steuertopf willkürlich einmalige Almosen. Immer das gleiche Muster seit 1,5 Jahren. Das Ergebnis? Die Preise würden weitersteigen, ebenso die Inflation, so Rendi-Wagner. Trotz der Milliarden, die sie ausgeben in den letzten Monaten, Milliarden, die sie mit der Gießkanne verteilen, die nicht zielgerecht dort ankommen, zielgerichtet ankommen, wo es wirklich gebraucht wird und die Preise einfach nicht senkt. Und auch die Mieten werden immer höher, so die SPÖ-Chefin. In den nächsten Jahren bis 2025 werden die Mieten durchschnittlich für die Österreicherinnen und Österreicher um 25 Prozent steigen. 25 Prozent weit über eine normalen Inflationsrate. Und da ist es fahrlässig, sehr geehrte Damen und Herren, nicht substanzielles dagegen zu tun, weil es Millionen von Menschen betrifft. Für die ÖVP ist danach Bautensprecher Johann Singer am Wort. Er gibt den Schwarzen Peter

für das Scheitern einer Mietpreisbremse, dem Koalitionspartner, also den Grünen, und betont, dass es gemessen nach Hauptwohnsitzen gleich viele Mieter wie Wohnungseigentümer gäbe. Und genau aus diesem Grund hat die ÖVP bei der Frage der Indexierung ein Maßnahmenbegehrt

bestehend aus der Glättung, die Indexierung der Richtwertmieten, der Kategorienmieten und der Valorisierung der Mieten aus dem Bereich der gemeinnützigen Bauvereinigungen auf der einen Seite und eine Sanierungsoffensive und ein Eigenheim-Bonus auf der anderen Seite vorgeschlagen. Leider hat es dafür kein Ergebnis mit dem Koalitionspartner gegeben.

Mit deutlicher Kritik an der ÖVP meldet sich dann Nina Tomaselli von den Grünen zu Wort. Was ich nicht verstehe ist, dass wir monatelang verhandeln den hunderttausenden Betroffenen da draußen Hoffnungen dort schüren und dann, dass sie auf den letzten Meter einen Rückzieher machen und die Betroffenen einfach im Regen stehen lassen. Das ist in meinen Augen, das ist Politik mit schlechtem Stil und das darf man auch genauso benennen.

Die Debatte ist noch im Gang.

Das Mittagsschmal auch noch und da kommt jetzt ein kurzes Hinweis auf die Sendung Klartext heute Abend. Die SPÖ ist ja derzeit sehr mit sich selbst beschäftigt und das beschäftigt heute Abend auch Klaus Webhofer, der diskutiert, dass es nämlich am Abend im Klartext mit Andreas Babler, der kandidiert für den Parteivorsitz mit Frauenschiffin Eva Maria Holzleitner, der burgenländischen Landeshauptmann stellvertreterin Astrid Eisenkopf und dem Kampagnen-Pirater

Josepik Klartext heute Abend ab 18.30 Uhr bei freiem Eintritt im Radiokulturhaus und natürlich auch live auf Ö1.

Was den Erfolg der westlichen Sanktionen gegen Russland angeht, sieht das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, kurz WIIW, einer eher drüber Bilanz. Denn laut einer aktuellen Studie, eben das WIIW, haben sich nur 6 Prozent jener internationalen Firmen, die schon vor dem russischen Einmarsch in der Ukraine in Russland tätig waren, komplett das Russland eben zurückgezogen, fast 40 Prozent hingegen, machen weiter wie bisher von den österreichischen Firmen, die in Russland aktiv sind oder waren, machen sogar 65 Prozent weitgehend Business as usual Einzelheiten nun von Manuel Marold. Insgesamt rund 3300 auf dem russischen Markt präsente internationale Unternehmen hat das WIIW erfasst. Rund 200 von ihnen haben ihre Aktivitäten in Russland komplett eingestellt, etwas mehr als die Hälfte der Firmen hat ihre Geschäftstätigkeit reduziert und mehr als 1200 internationale Unternehmen, also fast 40 Prozent, machen in Russland Geschäfte in unvermindertem Ausmaß. Österreichische Firmen liegen über diesen Durchschnitt, 65 Prozent der heimischen Unternehmen, die in Russland aktiv sind, machen dort Geschäfte im gleichen Ausmaß wie vor dem Krieg, sagt WIIW Ökonom Wassily Astroff.

Das liegt zum großen Teil daran, dass es wenig Druck seitens der österreichischen Regierung gibt, sich aus Russland zurückzuziehen. In Österreich würden viele wirtschaftliche und politische Entscheidungsträger auf dem Standpunkt stehen, dass man den Dialog mit Russland aufrecht erhalten

müsse. Das haben wir ganz klar gesehen, zum Beispiel bei der Chaosereifeisenbank. Da hat der österreichische Außenminister Schallenberg persönlich interveniert und er hat gemeint, ja, das ist wichtig, dass die Reifeisenbank dort bleibt, nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, aber auch gibt es politische Gründe. Eben mit dem Argument, man muss nicht alle Kontakte

zu Russland abbrechen. Mittlerweile verlangen aber die Aktionäre der Reifeisenbank international Klarheit über den künftigen Russlandkurs. Bei der morgigen Hauptversammlung müsse der Vorstand eindeutig deklarieren, ob man in Russland bleiben oder sich von dort zurückziehen wolle. Die derzeitige Stille des Managements stelle die Bank in ein reputationsschädliches Eck, so der Interessensverband für Anleger. Vasili Astrov vom Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche betont aber, es sei für ausländische Investoren gar nicht einfach, sich aus Russland zurückzuziehen. Laut einem Erlass, der vom Präsidenten Putin im August unterzeichnet wurde, ist es überhaupt nicht mehr möglich für ausländische Investoren aus dem russischen Energiebereich und aus dem russischen Finanzsektor auszusteigen, es sei denn, es gibt eine explizite Erlaubnis des Präsidenten. Auch gebe sein Gesetzescremel, wonach ausländische Investoren ihre Vermögenswerte in Russland mit einem festgelegten Preisabschlag verkaufen müssen.

Das heißt, alle Firmen eigentlich, die aus Russland aussteigen oder sich dazu entschließen auszusteigen, sie müssen dann hohe Verluste in Kauf nehmen. Detail am Rande, etwa 80 Prozent der Firmen aus jenen Ländern, die die westlichen Sanktionen gegen Russland nicht unterstützen, also etwa Türkei, China und Indien, machen in Russland unverminderte Geschäfte.

2022 ist die Zahl der Reisenden wieder hinaufgegangen, die Zahl der Ausfälle und Verspätungen von Flügen und Bahnreisen, aber halt auch. In der den Fällen kann man sich erkostenlos eine Agentur für Passagieren, Fahrgastrechte wenden und die hat heute Bilanz gezogen. Welche dazu nun Corinna Kaufmann? 1,6 Millionen Euro konnten im Jahr 2022 an Entschädigungen und Erstattungen für Reisende von der Agentur für Passagier und Fahrgastrechte, kurz APF, zurückgeholt werden. Ein Rekord an Verfahren hat es im Bahnbereich gegeben. Laut Geschäftsführerin Maria Theresia Rösler gibt es dafür mehrere Gründe.

Sowohl im Bahnbereich als auch im Flugbereich ist natürlich die Wiederaufnahme der Reisentätigkeit

nach der Coronazeit und damit einhergehenden Schwierigkeiten, wie zum Beispiel eben Personalmangel

an Flughäfen. Hier gab es ja vor allem im Sommer letzten Jahres durchaus gröbere Probleme und das

hat natürlich zu diesen sehr hohen Fallzahlen geführt. Die APF hilft dann bei Verspätungen, Ausfällen, bei Überbuchungen oder Nichtbeförderung, außerdem bei fehlenden Informationen und bei der

Nichteinhaltung der Rechte von Menschen mit Behinderungen. Zuerst muss in jedem Fall die Beschwerde beim Unternehmen selbst einlangen, erst dann wird die APF tätig. So meriert Theresia Rösler. Man muss sich ja immer zuerst an das Unternehmen wenden und kann sich erst dann

an die APF wenden, wenn man eben entweder gar keine Antwort bekommt oder eine nicht befriedigende

Antwort. Und dann kann man sich schriftlich an die APF wenden. Hier wird man ganz genau durch den Beschwerdeprozess durchgeführt. Bei Webshops hat die APF Tipps barat. Bahndickets, die im BDF

format bezogen worden sind, sind nicht erstattungsfähig. Auch Sparschienen-Tickets nicht. Bei Flügen

sollten Online-Plattformen laut Maria Theresia Rösler vermieden werden. Es ist so, dass wenn man

eben auf diesen online Reiseportalen bucht, dann bekommt man sehr oft Flüge angeboten, die eigentlich nicht zusammenpassen und die eigentlich von Flugunternehmern in der Art und Weise nicht angeboten werden. Und ich kaufe hier tatsächlich zwei verschiedene Tickets, weiß es aber nicht. Das heißt aus unserer Sicht ist hier die Kommunikation sehr wenig transparent. Die APF agiert außergerichtlich als Vermittler zwischen dem Reiseunternehmen und dem Passagier. Die Unterstützung ist kostenlos und provisionsfrei. Informationen von Corinna Kaufmann waren das. Nach dem Corona-Lockdowns-Unterteuerung kämpft der Handel mit dem nächsten Problem nämlich mit

dem Personal. Laut einer Händler-Befragung sind nämlich zwei Drittel der Unternehmen vom Arbeitskräftemangel betroffen und viele Geschäfte müssen deshalb ihre Öffnungszeiten einschränken,

berichtet Fabian Graber. Der Handel hat sich von den Lockdowns der Corona-Jahre erholt. Jetzt machen den Unternehmen in Österreich aber hohe Kosten für Energie und Miete zu schaffen. Und das mangelt am Personal, so wie in anderen Bereichen auch. Wolfgang Ziniel von der KMU-Forschung

Austria sieht vor allem die Unternehmen im Handel gefordert. Was ich immer wieder abzeichne, eines der größten Themen, das Thema Arbeitskräfte, Mitarbeiterinnen, dem Handel muss gelingen, eine Attraktivität als Arbeitgeber zu steigern. Immer wieder gibt es Kritik an den Arbeitsbedingungen

im Handel. Zuletzt haben Arbeiterkammer und die Gewerkschaft GPA auf die hohe Belastung des Personals im Einzelhandel hingewiesen und Verbesserungen gefordert. Das Einstiegsgehalt im Handel wurde zuletzt angehoben auf knapp 1.950 Euro Boto im Monat. Rainer Will vom Handelsverband

verweist darauf, dass ein Job im Handel vor allem für Menschen attraktiv sein kann, die gerne im sozialen Austausch stehen und in manchen Bereichen auch über dem Kollektivvertrag gezahlt wird. Wir bieten gute Gehälter, Arbeitszeitmodelle trotz aller Belastungen, die sich auch auf vier Tage reduzieren lassen. Fast zwei Drittel aller Geschäfte in Österreich sind vom Personalmangel betroffen. So lautet das Ergebnis einer Befragung der KMU-Forschung Austria für den Handelsverband.

Und etwa jeder vierte Betrieb müsse wegen der Personalnot immer wieder Filialen schließen, sagt Rainer Will. Weil eben laufend Mitarbeiter ausfallen, kurzfristige Krankenstände, andere Arbeitszeiten, reduzierte Nachfrage, um Jobstunden zu erhöhen, Wochenstunden zu erhöhen. Gleichzeitig gibt ein Viertel der Betrieb am Handel an, heuer Personal abzubauen. Ein Widerspruch? Nein, sagt der Vertreter des Handels. Der gute Personalmangel darf nicht verwechselt werden mit der Jahresplanung der Unternehmern. Das liegt natürlich an saisonalen unterschiedlichen Formaten, hängt aber auch einfach damit zusammen, dass Filialstandorte

dann aufgegeben werden mit der Zeit und damit Sprungeffekte eintreten und damit natürlich dann auch Personal freigestellt werden muss. Was die Arbeitszeiten betrifft, gäbe es im Handel auch schon

oft eine Viertagewoche, weil Vollzeitbeschäftigte ihre Stunden bereits in vier Tagen ableisten, worin aber nicht alle Angestellten auch einen Vorteil sehen würden, so will.

Und jetzt noch Kultur im Mittagsschernal. Wenn 2023 in Burgtheater ein Stück von Pferden an Dreimund gezeigt wird, dann hat das wohl einen Grund, in diesem Fall nämlich Herbert Fritsch und

das Stück die gefesselte Fantasie. Eigentlich ist es ja egal, was man den deutschen Regisseur Fritsch inszenieren lässt. Herauskommen wird immer buntes, humorvolles, sinnliches Theater berichtet Katrin Minhofer. Das ist ja die gesündeste und schönste Droge, die es gibt. Die Rede ist vom Theater und wer zu einem Stück in der Regie von Herbert Fritsch kommt, muss wissen worauf er sich einlässt. Auch wenn Herbert Fritsch selbst das meist bei Probenbeginn noch gar nicht weiß. Ich habe es ja erst gar nicht so wirklich verstanden, was das sein kann, weil wie ich sage es war, kann man irgendwie merkwürdig vor das Ding. Aber das hat sich dann ja bei der Leseprobe völlig relativiert. Und auf einmal merkt ich, wie wunderbar das ist, was er geschrieben hat und wie das für Schauspieler gedacht ist. Wir kennen hier nur Proesie, Tanz und Gesang. Der rauere Klang der Waffen ist uns unbekannt. Reimund siedelt sein Stück über die Dichtkunst auf einer paradiesischen Blumeninsel an, die von zwei bösen Zauberschwestern terrorisiert wird. Um den Dichterwettbewerb, den die Königin der Insel dargestellt von Maria Hapel ausgerufen hat, zu vereiteln, nehmen sie die Fantasie als Geisel. Das ist eine ganz simple Geschichte. Es ist ja auch in der kommentären Art so gewesen, dass es war eigentlich immer das selbe Stück, was da gespielt wurde. Auch wenn sich Herbert Fritsch weitest gehen, dann Reimunds Text hält, steht bei ihm die Form immer vor dem Inhalt. Für mich ist bedeutend der Klang, die Musik, die damit möglich ist und die Bilder, die entstehen. Also wenn ich ein Satz lese oder Satz höre, ist für mich viel wichtiger. Wie kann ich die entsprechen? Ich, ja du, verzeihe, ich traue mich nicht. Da bist du ja eine ganze Hase. Reimund wollte mit diesem Stück seinen intellektuellen Zeitgenossen beweisen, dass er nicht nur Zauberposen und Volksstücke drauf hat, sondern sehr wohl auch den höheren Stil, nach schicksalbierischem Vorbild beherrscht. Wurde aber an die Grenzen seiner Begabung geführt. Genau das ist wahrscheinlich, was die Qualität des Stücks ausmacht. Dass er da innerhalb des Stücks irgendwie gescheitert ist. In diesem Spannungsfeld ist auf einmal was entstanden, was er selber wahrscheinlich auch gar nicht verstanden hat. Aber hat vielleicht genau das Richtige getroffen. Herbert Fritz, der als Medienkünstler bekannt wurde und 20 Jahre bei Frank Kastoff an der Berliner Volksbühne als Schauspieler arbeitete, war als Theater- und Opernregisseur ein Spätberufener. Weil ich gerne mal für Schauspieler ein Regisseur sein will, den ich mir eigentlich immer gewünscht habe. Einer der sinnliches, freutvolles Herzenstheater macht ohne Videoeinsatz, ohne didaktischem Anspruch und ohne politischen Überbau. Dafür wurde er mehrfach ausgezeichnet und vielfach gelobt. Seine Arbeiten haben aber immer auch polarisiert. Quitschpumpe, blödel Regie, Karneval auf der Bühne, Klamauk. Nicht jeder kann damit etwas anfangen. Ja, vielleicht irre ich mich jetzt auch, vielleicht denke ich wahnsinnig toll, das kann auch eine absolute Themaverfielung sein. Aber eine Themaverfielung finde ich tausendmal interessanter, als die Sachen immer voll auf den Punkt zu treffen. Wie harmonisch sich Raimunds Zauberspiel in der

Hand des Zauberkünstlers Herbert Fritsch entfaltet, das kann man ab heute Abend in Burgtheater leben.

Und damit noch zu den Nachrichten. Zuerst einmal zu Rosie Witz.

Wir hoffen, dass die Juden in Strasbourg frei sind von einer politischen Agenda.

Und eigentlich schauen wir uns in den Falle, dass die Klimaprotekte ein humaner Recht ist. Denn wir haben ein Recht für Leben, wir haben ein Recht für die Gesundheit.

Die Israeli-Prime Minister Benjamin Netanyahu hat angreifend reagiert, zu Worten von US-Präsident Joe Biden, der ihn von seinen kontroversialen Judicial-Reformplans ausgeworfen hat.

Sie befinden sich, dass die Power der Israel-Supreme-Kurse limitiert ist. Netanyahu hat gesagt, dass er keine Entscheidungen machen muss, based auf Druck von der Welt.

Ein Britannien-Defense sagt, dass Russische Sicherheitservices größer Erfolg haben als durch die Entfernung der Ukraine. Die Rheinland-Universität sagt, dass die Rheinland-Universität mit den Russischen FSB-Käunterintelligent-Service in geschlossene Städte in geschlossene Städte dominieren.

Der Britannien-Defense ist heute in Deutschland zu besuchen. Er hatte auch nach Französisch geblieben, aber er hat einen Wettbewerb gegen die Pension-Reform gefordert, um Präsident Macron zu verabschieden.

In Deutschland, King Charles Wormit-Chancellor Olaf Scholz, ukrainian Refugees, und britische und deutsch-militär-Personel, die zusammenarbeiten, an jointen Projekten.

Der mexikanische Präsident Andres Manuel Lopez Obrador sagt, dass ein Feuer, das 39 Migranten auf dem US-Bordern am Montag startete, durch die Migranten selbst zu beginnen.

Er sagte, dass ca. 70 Menschen aus Zentral- und Südamerika, die in geschlossene Städte im Migration-Zentrum waren, gelernt, dass sie dort waren.

Offiziere in Deutschland, Amsterdam, haben ein Online-Kampagnen-Geräusch, der Britannien-Defense, in Bezug auf Drugs-, Sex- und Alkohol, aufgesucht.

Die Online-Ads werden von den Menschen in Britannien als Stag-Party, Cheap-Hotel oder Pub-Krawl, als Stag-Party, als Stag-Party, als Stag-Hotel oder Pub-Krawl.

Die Städte sind in Amsterdam, Amsterdam, West.

Sie sehen die Fortschritte in Amsterdam als ein Städtepark, und es ist nicht noch lebendig.

Wir fragen unseren Herr, um eine Lösung zu finden, um in Amsterdam mehr lebendig zu machen, für die Menschen, die in Amsterdam leben.

Diese Nacht ist die Sonne im Süden und Süden mit gläubigem Rhein, den Sonnenbezirken in den Süden und Süden und die Temperaturen von 5 bis 14 Grad.

In Deutschland mit Marta Georgiev.

Vielen Dank.

Jetzt die Pensionsalligquartierung für zwei Jahre aus.

Die gesetzliche Inflationsanpassung der Pensionen

wird vorerst also nicht mehr je nach Pensionsantritt gestaffelt.

Personen, die heuer und nächstes Jahr in den Ruhestand gehen,

bekommen die volle Erhöhung, ganz egal ob sie im Jänner

oder erst im Dezember, die Pension antreten.

Ein wenig zufrieden kann man damit sein,

jedoch brauche es eine gänzliche Abschaffung der Alligquartierung,

sagt Zibylle Pirkelbauer,

Leiterin der Sozialpolitik in der Arbeiterkammer.

Die Gelung sei unsachlich und verfassungsrechtlich bedenklich,

so Pirkelbauer im Mittagsschonal.

Anstatt einer Mietpreisbremse beschließt der Nationalrat

heute eine Reihe von Wohnbeihilfen.

Zum einen werden die Mittel für Wohn- und Heizkostenzuschüsse

um 225 Millionen aufgestockt

und der Wohnschirm, der vor Delogierung schützen soll,

wird um 25 Millionen erweitert.

Weil sich die Bundesregierung nicht auf eine Mietpreisbremse

hat einigen können, steigen die Richtwertmieten

unter Tausenden Haushalten ab April um fast 9%.

Die Inflation in Österreich wird nach Ansicht der Nationalbank

auch mittelfristig auf einem hohen Niveau bleiben.

Die Teuerung werde zwar im Laufe des Jahres zurückgehen,

wird aber im Gesamtjahr bei 6,9% liegen, so die ÖNB.

Kommendes Jahr soll die Inflation auf 4%

und im Jahr 2025 auf 3% sinken.

Österreichs größte Impfstraße,

jener im Austria-Senter Wiener, sperrt mit Ende März zu.

In den vergangenen 2 Jahren sind dort rund 2,2 Millionen Covid-Impfungen

verabreicht worden, teilt heute der Samariterbund mit,

der die Impfstraße betrieben hat.

Der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde Raphael Grossi

ist im Atomkraftwerk Saporizia in der Ukraine angekommen.

Grossi will dort gemeinsam mit Experten die Lage einschätzen

und mit den Beschäftigten immer KW sprechen.

Im Vorfeld sprach Grossi von einer gefährlichen

und instabilen Situation,

dass Personal im AKW sei völlig erschöpft.

Ukraine-Truppen sollen die russisch kontrollierte Stadt

Militopol im Süden der Ukraine unter Beschuss genommen haben.

Dabei sei das Stromversorgungssystem beschädigt worden,

berichtet die russische Nachrichtenagentur Tass heute.  
Ziel sei das Eisenbandepot der Stadt gewesen,  
Opfer soll es aber keine geben.  
Militopol war die erste größere Stadt,  
die Russland in der Ukraine eingenommen hat.  
Danke, Matajorge, von die Wettausicht.  
Mit dem Blick auf die nächsten Tage  
hat jetzt noch Grund der Schule für Sie.  
Morgen Donnerstag wird es spürbar milder,  
doch alles andere als beständig.  
Es gibt nur ein paar größere Sonnenfenster,  
immer wieder Wolken, einige Regen schauen, auch einzelne Gewitter.  
Hoch oben befindet sich die Schneefallgrenze,  
nämlich zwischen 1800 und 2400 Meter.  
Nachmittag bzw. am Abend frischt Wind aus West bis Südwest auf.  
Die Temperaturen erreichen morgen 11 bis 19 Grad.  
Auch am Freitag und am Wochenende sind die Sonnenstunden gezählt.  
Zwei Fronten haben es auf uns abgesehen  
und zeitweise wird es regnen.  
Am Sonntag sinkt die Schneefallgrenze zum Teil unter 1000 Meter.  
Und es wird am Samstag und am Sonntag auch sehr windig bzw. stürmisch.  
Zu den Temperaturen.  
Am Freitag noch mild mit 10 bis 18 Grad.  
Am Samstag 7 bis 17 und am Sonntag 5 bis 13 Grad.  
Und zum Montag hin kühlt es weiter ab,  
da schaffen wir dann maximal 0 bis 10 Grad.  
Und die Kälte wird wohl in der K-Woche nicht so schnell weichen.  
Mit diesen Wettausichten ändert das Mittagsschinal am 29. März.  
Günter Thomas Technik, Martina Peitschler-Rischie und alle anderen Beteiligten.